

Mythos Kultur für Alle? Kulturelle Teilhabe als unerfülltes Programm ^[1]

von [Uli Glaser](#) ^[2] Erscheinungsjahr: 2014

Von der Dringlichkeit des Themas „Kulturelle Teilhabe“

Es ist allerhöchste Zeit, dass eine Gründungsintention der „Neuen Kulturpolitik“ der 1970er Jahre wieder in den Mittelpunkt der kulturpolitischen Diskussion rückt: Die Frage nach Inklusion und Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten an den Angeboten der Kultur und insbesondere an den kulturellen Angeboten, die – kulturpolitisch gesteuert und aus Steuermitteln finanziert – durch öffentliche Träger veranstaltet bzw. in der Trägerschaft Dritter von ihnen ermöglicht werden.

Lebenslügen können in der Regel nicht völlig verdrängt werden; sie kommen gerne im Gewand des appellierenden und prophylaktisch büßenden „Worts zum Sonntag“ daher – ohne aber Wirkung auf den Alltag zu entfalten. Wenn man es aggressiv formulieren wollte, ist „bigott“ ein passender Begriff dafür. Dies trifft auch für den Mythos einer an Teilhabegerechtigkeit orientierten Kulturpolitik zu: Die Programmsätze, die Appelle, die wohlintendierten Vorschläge und eine umfassende Landschaft an vielversprechenden Modellprojekten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass am Montag danach von den Sonntagsreden kaum etwas übrig bleibt.

Dem (expandierenden) Kulturbetrieb der letzten Jahrzehnte ist es gelungen, sich programmatisch für Inklusion auszusprechen, seine Angebotsstruktur aber keineswegs an Inklusionsstrategien auszurichten. Es ist gelungen, den Nimbus des Engagierten herzustellen, ohne wirklich zu handeln. Im Zweifelsfall und unter Rechtfertigungsdruck argumentiert die Kultur zugunsten einer Priorität der inhaltlichen Arbeit (der Kulturinstitutionen) und der Freiheit des künstlerischen Impetus (der Künstler) – und macht damit einen Konflikt auf, der so gar nicht existiert.

Für diesen Spagat zwischen wohlintendierten Programmsätzen des Sonntags (die Kulturträger sind sicherlich zum Teil von der Wirksamkeit ihrer Sätze überzeugt) und mangelnder kulturpraktischer Umsetzung am Montag gibt es einen ganz simplen Indikator: Wenn die Kulturpolitik wirklich Interesse an der Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an den kulturellen Angeboten hätte, müsste sie wissen, welche Gruppen in welchem Umfang real an öffentlich finanzierten Kulturangeboten teilnehmen. Es gibt aber viel zu wenig empirische Erkenntnisse darüber, welche Gruppen aus welchen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus unsere reichhaltige Kulturlandschaft nutzen – von einer ausdifferenzierten „Nicht-Nutzer“-Forschung ganz zu schweigen.

Die einfache Logik, dass – wenn man denn kulturelle Teilhabe von benachteiligten Menschen oder nicht vertretenen Personengruppen wirklich ausweiten wollte – man wissen müsste, welche Menschen aus welchen Milieus die Kulturangebote bisher nutzen, welche mit den bisherigen Angeboten nicht erreicht werden, und wie sich diese Zusammensetzung der Kulturnutzer zur Gesamtbevölkerung verhält, ist in den deutschen Kultureinrichtungen am Montag außer Kraft gesetzt worden.

Die Bedeutung sozioökonomischer Indikatoren für die kulturelle Teilhabe

Wir wissen aus vielen Studien, dass das Bildungsbemühen und der Bildungserfolg insgesamt in Deutschland ausgesprochen stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig ist. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass das nicht auch für kulturelle Bildung gilt. Wahrscheinlich sogar verstärkt, weil hier zwei vom Bildungsniveau der Eltern abhängige Variablen – „Bildungsengagement“ und kulturelles Interesse – für die Kinder wirksam werden. Daraus folgt: Die Kinder, deren Eltern selbst über höhere Bildung, höheres Einkommen und eine höhere berufliche Stellung verfügen, nutzen Angebote der Kinderkultur selbstverständlich und oft sehr intensiv. Kinder aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien sind dagegen deutlich unterrepräsentiert. Und das nicht, weil ihnen der Theaternachmittag, der künstlerische Workshop oder die musikalische Früherziehung keinen Spaß machen würden, sondern weil sie überhaupt nicht in die Lage versetzt sind, dies festzustellen – dazu muss man ja erst einmal teilgenommen haben...

Gründe gegen eine Teilhabe gibt es viele: Die Geldfrage spielt sicherlich eine große Rolle – bei einer Nürnberger Kinderkultur-Umfrage und Repräsentativbefragung zu kultureller Teilhabe haben 90% der ärmeren Familien angegeben, aus Kostengründen kulturelle Angebote für ihre Kinder nicht wahrgenommen zu haben (vgl. Hermann Burkard u.a. 2011). Ein Instrument spielen kostet Geld für Unterricht, Instrument, Noten. Der Eintritt ins Kindertheater kann sich, trotz eventueller Ermäßigungen, für eine mehrköpfige Familie schon auf einen mittleren zweistelligen Euro-Betrag Euro summieren – im Hartz IV-Regelsatz ist dies nicht enthalten und auch im neue Bildungs- und Teilhabepaket kann man davon nur einen kleinen Teil geltend machen. Aber die Kosten sind es nicht alleine. Die Nutzung kultureller Angebote und Einrichtungen hat auch etwas mit Selbstverständnis und Lebensstil zu tun. Die Beschäftigung mit der Geld-(Eintritts-/Kursgebühr-)Frage ist also notwendig, aber keineswegs hinreichend.

Zu wenig Geld, zu wenig Zeit und zu geringe Erreichbarkeit von kulturellen Angeboten in der Nähe des eigenen Wohnorts werden als häufigste Nicht-Nutzungsgründe genannt – über soziale und subjektive Barrieren, wie etwa die Angst, die Kulturangebote nicht zu verstehen oder nicht mit der eigenen Lebenswirklichkeit in Verbindung bringen zu können, die Angst, sich sozial deplaziert zu fühlen, oder sich zu langweilen, können wir bisher nur spekulieren und daraus gute Gründe für weitere Forschungsvorhaben ableiten; vergleichbar dem beispielhaften Forschungsprojekt „Nicht-Besucher kultureller Einrichtungen: Ein kreatives Lehrforschungsprojekt“ an der Universität Hildesheim (Renz 2010).

Wichtig ist sicherlich die Trennung der Lebensstile von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen: Wir neigen dazu, die Kultur als einen die Menschen zusammenführenden Topos wahrzunehmen; wahrscheinlich kommt dies aus der Tradition und der Nutzung der städtischen Feste und großen Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum.

Tatsächlich ist es aber genau umgekehrt, Kultur und die kulturellen Präferenzen des Einzelnen sind Unterscheidungsmerkmale: Man unterscheidet sich von seinem Nachbarn durch kulturelle Vorlieben und Stile, man bildet seine eigene Identität durch kulturelle Distinktionsmerkmale, man definiert seine kleine, ausgewählte „peer group“ durch gemeinsame kulturelle Interessen und grenzt sich gegenüber anderen Gruppen ab.

Bei der so genannten Hochkultur – hoch angesehen und hoch subventioniert – steht das kulturelle Zugehörigkeitsgefühl aber in engem Zusammenhang zu den sozioökonomisch privilegierten Schichten. Es muss uns bewusst sein, dass die kulturellen Angebote sich sehr stark auf die Zielgruppen der (hochgebildeten) kulturellen Vielnutzer und der Nutzer mit spartenspezifischen

Sonderinteressen gerichtet sind, die maximal 10% der Bevölkerung ausmachen. (Zur Nutzung kultureller Angebote vgl. u.a.: Mandel (2009), Maedler (2008).)

Das heißt, dass kulturelle Bildungsangebote außerhalb von Kindergarten und Schule tendenziell – sozialpolitisch gesprochen – nicht zur Inklusion, sondern zur Segregation neigen. Allerdings von allen Steuerzahlern bezahlt werden.

Vom Willen zur Ermöglichung kultureller Teilhabe

Um die Teilhabechancen zu verbessern, gibt es eine Palette an Möglichkeiten, die mit unterschiedlicher Wirkungsintensität angewendet werden können. Fast alle dieser Möglichkeiten stünden für fast alle Kultureinrichtungen und fast alle kulturellen Träger aus sämtlichen Kultursparten zur Verfügung, sowohl als „Bring-Struktur“ (die Kultur kommt zu den Menschen vor Ort), als auch als „Geh-Struktur“ (die Menschen werden in die Kultureinrichtungen geholt).

Und die konkreten Formen sich vorzustellen, ist gar nicht so schwer: Museen könnten Grund- und Hauptschulen aus strukturschwachen, „benachteiligten“ Stadtteilen für eine gezieltes museumspädagogisches Programm gewinnen; Musiker des Symphonieorchester stellen ihre Arbeit, ihre Instrumente in Schulen vor und laden die Kinder zum Besuch von Konzerten gezielt ein (und finden eine Betreuungsstruktur am Konzertort); kunstpädagogische Projekte werden in gezielter Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen oder Schulen mit bildungs- und kulturfernem Publikum entwickelt und vor Ort im Museum oder der Kunsthalle durchgeführt usw. usw.

Die Formenvielfalt ist in Modellprojekten wunderbar entwickelt, vielzählige Erfahrungen liegen in den Publikationen des „Spitzenverbands“ BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung) und seiner Mitgliedsorganisationen vor, der „Infodienst Kulturelle Bildung“ und andere Zeitschriften informieren regelmäßig über neue Entwicklungen. Aber die Formenvielfalt geht meist nicht in die Fläche und vor allem erreicht sie nicht hinreichend die kulturell benachteiligten Kinder.

Das – im Rahmen der Shortcut-Europe-Tagung „Cultural Policies and Social Exclusion - Kulturelle Strategien und soziale Ausgrenzung“ (vgl. Fonds Soziokultur 2010) intensiv diskutierte – Spannungsverhältnis zwischen der Autonomie der Künste und der sozialen Funktion von Kulturarbeit muss nicht zwangsläufig zu einem Gegensatz führen. Simon Rattle hat z.B. eindrucksvoll formuliert, dass die Berliner Philharmoniker zum einen das beste Orchester der Welt sein wollen, zum anderen ein lebendiger Faktor im sozialen Leben der Stadt sein sollen.

Keine öffentlich finanzierte Kultureinrichtung egal in welcher Sparte, die nicht – so sie denn wollte – zwei Ziele gleichzeitig verfolgen könnte: Hohe und höchste Qualität in ihrem Bereich anzustreben, und gleichzeitig konsequent zu versuchen, diese Qualität auch denjenigen zu vermitteln, die nicht von selbst die Schwellen der Einrichtung überschreiten. Dass es möglich ist, zwei Ziele parallel zu verfolgen, wird jedoch durch ihre Praxis von den deutschen Kultureinrichtungen in einem (fast) einstimmigen Chor vehement bestritten.

Natürlich besteht letztlich ein Konflikt in der Konkurrenz um den Einsatz der Mittel, um Geld- und Personalressourcen zwischen künstlerisch-kulturellem Auftrag und inklusions-orientierten „Audience Development“-Programmen, die mit Mühe, Aufwand und Kosten verbunden sind – gerade, wenn es um vermeintlich „schwierige“ Zielgruppen geht.

Bevor man diese Konkurrenz aber allzu einfach als pauschalen Verhinderungsgrund für teilhabeorientierte Programme in den Einrichtungen anführt, müsste man sich einer ganzen Reihe von Fragen stellen:

- Wissen wir, wie die soziale Zusammensetzung der Nutzerinnen und Nutzer unserer (öffentlich

finanzierten) Einrichtungen ist?

- Wissen wir, wie sich diese Struktur (z.B. in Hinblick auf Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund) zu der Gesamtstruktur der jeweiligen Kommune verhält?
- Ist uns bewusst, dass wir – auch zur Zukunftssicherung der eigenen Einrichtung – neue Zielgruppen erschließen können und müssen?
- Haben wir geprüft, welche unserer vorhandenen Angebote ohne großen Aufwand gezielt mit Bildungseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Grundschulen) aus kulturferneren Stadtteilen realisiert werden können?
- Gehen wir als kulturelle Träger gezielt auf Bildungseinrichtungen mit kulturfernerem Publikum (Hauptschulen, Förderschulen) zu?
- Suchen wir gezielt die Zusammenarbeit mit Jugendfreizeitheimen, Migranten-Selbstorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, die die Interessen der Schwächeren in der Gesellschaft stellvertretend wahrzunehmen versuchen?
- Sind wir in Stadtteilen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, vielen Arbeitslosen und hohem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund überhaupt durch Einrichtungen und Angebote vertreten?
- Suchen wir – angesichts der allgegenwärtigen „Versäulung“ innerhalb des Kulturbereichs, zwischen den Bereichen Kultur, Schule, Soziales – wirklich die Zusammenarbeit zugunsten von Teilhabe-benachteiligten Kindern?
- Haben wir die finanziellen Hemmschwellen für materiell Bedürftige im Rahmen unserer Möglichkeiten gesenkt?
- Haben wir ausreichend geprüft, ob sich nicht auch Geldgeber finden lassen, die die soziale Verbreiterung der Nutzung unserer Angebote speziell fördern wollten und könnten?
- Haben wir geprüft, ob unsere „state-of-the-art“-Öffentlichkeitsarbeit, die sich immer wieder mit hohem Mittel- und Personaleinsatz an die unworbene Gruppe der kulturellen Vielnutzer mit hohem Bildungsgrad richtet, nicht besser in Zielgruppenarbeit mit kulturfernem Publikum investiert wäre?

Und abschließend: Ist uns eigentlich hinreichend bewusst, dass der gesamte öffentlich finanzierte Kulturbereich auf dem Prüfstand steht, wenn immer deutlicher wird, dass hier tendenziell eine finanzielle Umverteilung von unten nach oben stattfindet – von der Gesamtheit der Steuern zahlenden Bürger zu der besserverdienenden, gut- und hochgebildeten Schicht, die den Großteil der Nutzer öffentlich finanzierter und unterstützter Kultureinrichtungen ausmacht?

Vereinfachten Zugang zu kulturellen Angeboten für Kinder herstellen

Verschiedene Möglichkeiten stehen zur Verfügung, um Kinder „niedrigschwellig“ zu erreichen – Möglichkeiten, die sich nach der Situation vor Ort, nach der angestrebten Wirkung, nach dem Erreichen von Flächendeckung und nach der Verbesserung des Zugangs für bildungs- und kulturfernere Kinder und Familien aufgreifen lassen. Aufzuführen sind – natürlich auch in Kombination mehrerer oder vieler Elemente:

- Starke Ermäßigungen oder Kostenlosigkeit für Kulturangebote für bedürftige Kinder.
- Starke Ermäßigungen für Kulturangebote im Allgemeinen für Kinder.
- Einbeziehung von kulturpädagogischen Angeboten in die Gutschein-Logik für Bedürftige im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ der Bundesregierung (Bei aller Kritik an dem Verfahren als „Bürokratisches und diskriminierendes Monstrum“, wie es der Pädagogikprofessor Olaf-Axel Burow titulierte).
- Kulturangebote im allgemein zugänglichen öffentlichen Raum im Stadtteil.

- Kulturangebote im allgemein zugänglichen öffentlichen Raum im Stadtzentrum oder an von benachteiligten Bevölkerungsgruppen viel frequentierten Orten.
- Kulturelle Großveranstaltungen („Events“) mit niedrigen Zugangsschwellen für bildungs- und kulturfernere Menschen.
- Offene Angebote in niedrigschwelligen Einrichtungen unterschiedlicher Prägung (Kultur, Kirche, Bildung, Sport usw.), kostenlos oder mit starken Ermäßigungen für Bedürftige.
- Wohnortnahe Angebote, insbesondere in Stadtteilen „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ und problematischen Sozialindikatoren.
- Angebote an den Treffpunkten kulturferneren Bevölkerungsteile.
- Angebote in und mit Einrichtungen, die primär mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen arbeiten (Jugendtreffs, Jugendfreizeitheime usw.).
- Erreichung der Zielgruppen durch Zusammenarbeit mit Ämtern und Organisationen, die Leistungen für Bedürftige bereitstellen (Sozialamt, Wohnungsamt, JobCenter, Tafeln, Wohlfahrtsverbände).
- Begleitende Maßnahmen, die zugangserleichternd wirken: Kinderbetreuung, Berücksichtigung der Zeitstrukturen des Publikums, Sprachhilfen für MigrantInnen usw.
- Entwicklung von Angebotsstrukturen, die (bei der Kernzielgruppe Kinder) auch für Eltern sowie ältere und kleinere Geschwister geeignet sind.
- Angebotsstrukturen, die die „kulturellen Codes“ der Zielgruppe verstärkt aufgreifen.
- Reduzierung von Komplexität in der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch kurzgehaltene Texte, die Verständlichkeitstests durchlaufen haben, durch mehrsprachige Texte (usw.).
- Betreuung durch ehrenamtliche Kultur-Lotsen, die als „Animateure“ beteiligungsfördernd agieren.
- Erschließung von kulturellen Angeboten für Menschen mit Zuwanderungshintergrund durch gezielte Kooperation mit Migranten-Selbstorganisationen.
- Nicht-deutschsprachige Angebote.

Je bildungs- und kulturferner das Elternhaus ist, desto schwieriger sind jedoch auch die Kinder zu erreichen – eine grundsätzliche Problemstellung auch im sozialpolitischen Bereich, die am besten durch die (stadtteilspezifische) Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Schulen vermieden werden kann – ohne dass sich die Akteure von kultureller Bildung und die Künstler von den Eigendynamiken der Bildungseinrichtungen vereinnahmen lassen müssen.

Die „Königswege“ zur Verbesserung des Zugangs für bildungs- und kulturfernere Kinder und Familien sind deshalb diejenigen, die mit denjenigen Institutionen arbeiten, in denen alle oder fast alle Kinder gehen:

- Angebote, die in und mit Kindertageseinrichtungen realisiert werden (in die über 90% aller Kinder gehen).
- Angebote, die in und mit Grundschulen realisiert werden (in die alle Kinder gehen).
- Angebote, die in und mit Schulen realisiert werden, in denen sich vor allem Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten (Hauptschule, Förderzentren usw.) finden.

VERWENDETE LITERATUR

Hermann Burkard, Uli Glaser, Simon Reif, Daniela Schuldes (2011):

Nürnberger Repräsentativbefragung zu Kultureller Bildung und Kinderkultur (2009/2010): Die Ergebnisse im Überblick. In: Nürnberger Arbeitspapiere zur Kulturellen Teilhabe Nr. 1, April 2012.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2008):

Kultur in Deutschland. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Regensburg: ConBrio

Verlagsgesellschaft.

Renz, Thomas (2010):

Nicht-Besucher kultureller Einrichtungen: Ein kreatives Lehrforschungsprojekt. In: Kultur.Politik.Diskurs (22-25), Heft 11 (2010).

Uli Glaser (2010):

Mythos Kultur für alle? In: Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e.V. (2010) (Hrsg.): Infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung Nr. 96, (11-13). Unna.

Fuchs, Max (2008c):

Kultur – Teilhabe – Bildung. Reflexionen und Impulse aus 20 Jahren. München: kopaed.

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) (Hrsg.):

Kulturelle Bildung: Reflexionen. Argumente. Impulse. Regelmäßige Broschürenreihe der BKJ, Klüppelstein 34, 42857 Remscheid.

Maedler, Jens (Hrsg.) (2008):

TeilHabeNichtse. Chancengerechtigkeit und kulturelle Bildung. München: Kopaed.

Mandel, Birgit (2009):

Audience Development - Zwischen Marketing und kultureller Bildung. In: Siebenhaar, Klaus (2009) (Hg.): Audience Development oder die Kunst, neues Publikum zu gewinnen. Berlin.

Fonds Soziokultur :

Shortcut Europe 2010. Dokumentation des europäischen Kongresses zum Thema „Kulturelle Strategien gegen Ausgrenzung“. Bonn: Klartext.

Zacharias, Wolfgang (2001):

Kultur und Bildung – Kunst und Leben. Essen: Edition Umbruch.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Glaser, Uli/Pröbß, Reiner (Hrsg.):

Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“. Herausgegeben von Reiner Pröbß und Dr. Uli Glaser für das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg.

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft :

Jahrbuch für Kulturpolitik 2005: Kulturpublikum. Essen.

Maedler, Jens (Hrsg.) (2008):

TeilHabeNichtse. Chancengerechtigkeit und kulturelle Bildung. München: Kopaed.

[LITERATUR KULTURELLE BILDUNG ONLINE](#) [3]

[Alle Literaturhinweise, die AutorInnen von \[www.kubi-online.de\]\(http://www.kubi-online.de\) verwendet bzw. empfohlen haben.](#) [3]

ANMERKUNGEN

Mehr zum Thema in: Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“. Herausgegeben von Reiner Pröbß und Dr. Uli Glaser für das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg. Als Nr. 4 / Mai 2012 der Nürnberger Arbeitspapiere erschien u. a.: „Beispiele Nürnberger Projekte Kultureller Teilhabe“ (Marco Puschner). Dieses und weitere Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer und kultureller Teilhabe sind kostenfrei als pdf.Dokument unter www.soziales.nuernberg.de [4] abrufbar.

- [1] <https://www.kubi-online.de/artikel/mythos-kultur-alle-kulturelle-teilhabe-unerfuelltes-programm-4>
- [2] <https://www.kubi-online.de/autorinnen/glaser-uli>
- [3] <https://www.kubi-online.de/gesamtverzeichnis-literatur>
- [4] <http://www.soziales.nuernberg.de>